



Jahrbuch der CDU-Lindlar 2021



CDU aktiv für die Entwicklung der Kirchdörfer – bezahlbarer Wohnraum für alle im Blick

Die CDU und der „Bürgerverein Linde e.V.“ reichen jeweils Anträge für die Dorfentwicklung in Linde ein. Es geht um ein Mehrgenerationen-Wohnprojekt sowie um die zukünftige Nutzung des Linder Pfarrheims. (Pressemitteilung vom 14. Januar 2021)

Der Erhalt der kirchdörflichen Strukturen mit allen ihren Vorzügen gelingt nur dort, wo alle Generationen vorhanden sind und gemeinsam eine Grundlage für örtlichen Einzelhandel ebenso wie für ein attraktives Gemeinleben und eine funktionierende Daseinsfürsorge bilden. Gemeinsam mit weiteren Akteuren wie dem „Bürgerverein Linde e.V.“ und zahlreichen Linder Bürgerinnen und Bürgern, die sich auch immer wieder auf Einladung der Quartiersentwicklung zusammengefunden haben, setzt die CDU-Ratsfraktion sich mit einem Antrag für die Verwirklichung eines Wohnprojektes für mehrere Generationen mitten in Linde gegenüber dem Haus Burger ein.

Kleine Wohneinheiten für ältere Menschen, die sich idealerweise untereinander zur Bewältigung der kleinen Alltagsprobleme im Alter helfen und sich in einem Gesellschaftsraum zusammenfinden könnten und Wohnraum für zukünftige Landärzte, die sich nach dem Studium als Hausarzt ausbilden ließen, oder eine erste eigene Wohnung im eigenen Dorf, dies sind die Wünsche vieler. Letztlich würde solch ein Wohnobjekt in Linde als Pilotprojekt sicherlich dazu beitragen, die Entwurzelung älterer Menschen zu verhindern und neues Landleben zu ermöglichen.

Ganz in diesem Zusammenhang ist das auch von der CDU begleitete Bürgerprojekt rund um die weitere Nutzung des Linder Pfarrheims zu sehen. Gemeinsam mit vielen Interessierten und in enger Kooperation



mit dem „Bürgerverein Linde e.V.“ unter der Leitung von Roswitha Schätzmüller sowie in bester Kooperation mit der Quartiersentwicklung des Vereins „Lindlar Verbindet e.V.“ koordiniert von Kai Zander, soll hier vieles entstehen was dem gegenseitigen Mit- und Füreinander dienen soll: Raum für Feierlichkeiten und öffentliche Feste, Angebote für Jugendarbeit, Betreuungsangebote für Senioren bis hin zur Tagespflege, zusammengefasst: ein offener Treff für alle in Linde! Dies ist das gemeinsame Ziel, für dessen Verwirklichung die CDU vor Ort und im Gemeinderat sich einsetzen wird.

CDU-Ratsherr Markus Biesenbach freut sich über die breite Bürgerbeteiligung und die fruchtbare Kooperation mit allen Akteuren. Per E-Mail (markus.biesenbach@cdu-lindlar) nimmt er gerne auch weitere Anregungen und Ideen entgegen.

Mehr Haushaltsmittel für das Personalmanagement

Eine der Ideen der CDU zum kommunalen Haushalt (Pressemitteilung vom 21. Januar 2021)

Die CDU denkt darüber nach, wie mit möglichst geringen Belastungen für alle der defizitäre Haushalt zu tragen ist. Eins steht für die CDU fest: Am Personal darf nicht weiter gespart werden, denn die freien Stellen in der Gemeindeverwaltung müssen schnell und möglichst nachhaltig wiederbesetzt werden.

Bei steigender Personalnachfrage sinkt das Angebot auf dem Arbeitsmarkt, und andere Kommunen oder der Kreis können besserbezahlte Angebote machen. Die Gemeinde Lindlar könnte sich durch Erweiterung des Work-Life-Balance-Angebotes als noch attraktivere und modernere Arbeitgeberin präsentieren. Die CDU könnte sich z.B. ein Betreuungsangebot für die Mitarbeitenden im Rahmen einer Zusammenarbeit mit Tagesmüttern vor Ort vorstellen.

Familie und Beruf übereinzubringen, ist ein soziales Pfund, mit dem sich Wuchern lässt.

Es müssen rasche Vertretungslösungen und vertiefte proaktive Personalgewinnungsmöglichkeiten geschaffen werden. Dies ist nicht kostenlos zu bekommen. Die CDU möchte, dass die freien Stellen schnellstens sowie adäquat besetzt werden und notwendige Umstrukturierungen vorgenommen werden können. Das ist dann auch gut für die Bürgerinnen und Bürger, die möglichst schnelle Entscheidungen von der Gemeindeverwaltung in ihren Anliegen erwarten. Dafür braucht es gutes, aber vor allem auch zufriedenes Personal, das die Fürsorge und eben nicht nur die Kontrolle eines Gemeinderates verdient.

Bürgerbeteiligung durch offene kommunale Arbeitskreise

*CDU möchte zukünftig Ausschüsse mit Bürgern und Experten vorbereiten.
(Pressemitteilung vom 23. Januar 2021)*

Kommunalpolitiker sind weder Alleswisser noch Alleskönner. Und dennoch müssen sie sich aber über alles Wichtige für die Gestaltung und das Leben in einer Kommunalgemeinde eine Meinung entwickeln, Positionen beziehen und abstimmen.

Dabei ist es gar nicht so selten, dass die fachliche Expertise außerhalb eines Ausschusses zu finden ist. Um diese besser in eine Entscheidungsfindung einfließen zu lassen und auch mit Bürgerinnen und Bürgern gemeinsam vor wichtigen Entscheidungen diskutieren zu können, wünscht sich die CDU die von den anderen Fraktionen nach der Wahl abgesetzten Arbeitskreise zurück und setzt noch einen drauf: Fortan sollen diese dann auch öffentlich tagen und dabei die Bürgerinnen und Bürger im Dialog auf Augenhöhe miteinbezogen werden.

Ein aktueller Antrag der CDU-Fraktion zielt darauf ab, mit kommunalen Arbeitskreisen als Instrument echter Bürgerbeteiligung zukünftige Entscheidungen der Ausschüsse besser und offener vorzubereiten.

Die Bürger sollten – wenn überhaupt – nicht nur in einer unterbrochenen Ausschusssitzung zu Wort kommen. Auch zusätzliche, fachliche Expertise von außen könnte somit frühzeitig in den politischen Willensbildungsprozess einbezogen werden. Entscheidungen sollen so transparent nachvollziehbarer werden.

Die CDU möchte, dass die Ausschüsse fortan unkompliziert dauerhafte oder anlassbezogene Arbeitskreise einberufen können.

Lindlar trotz knapper Kassen gut gestalten

Grundsätze der CDU-Lindlar für solide Haushaltspolitik (Pressemitteilung vom 25. Januar 2021)

Trotz leerer Kassen und angespannter Haushaltslage insbesondere aufgrund der pandemiebedingten Steuerausfälle wird sich die CDU dafür einsetzen, dass Lindlar weiterhin gut gestaltet wird, wenn die Ampel-Mehrheiten im Gemeinderat es zulassen. Denn für die CDU ist Haushaltspolitik mehr als ein bloßes Zahlenspiel.

Im Vordergrund stehen bei der CDU die Aufrechterhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen, der Erhalt und die Ausbesserung von Infrastrukturen, wie die gemeindeeigenen Straßen und Wege, Investitionen in die Lindlarer Schulen, Förderung des Ehrenamts, Wahrung der Schöpfung und der gesellschaftliche Zusammenhalt.

Beispielsweise möchte die CDU den jungen Menschen in Lindlar das **kostenlose Schülerticket** erhalten. Gerade in Zeiten des Klimawandels wird somit auch ein Beitrag zum Klimaschutz geleistet. In diesem Zusammenhang ist auch die Absicht der CDU zu sehen, **Verbesserungen im Nahverkehr durch Ausbau und Ausweisung von Fahrradwegen** schaffen zu wollen. Hier könnte durch einen geringen Mittelaufwand ein großer Effekt für die Umwelt und die Gesundheit der Menschen erzielt werden. Nach und nach sollen nach dem Willen der CDU alle Kirchdörfer und der Hauptort mit Fahrradwegen vernetzt sein.

Bereits im Sommer 2020 hat die CDU per Antrag dazu aufgefordert, Mittel und Wege zu finden, das **Ehrenamt insbesondere im Bereich der Feuerwehr und des Rettungswesens zu fördern**. Dieses Ansinnen darf unter keinen Umständen – trotz knapper Kassen – aus dem Auge verloren werden, denn die hilfsbereiten Helfer/-innen in der Not tragen auch erheblich zum Zusammenhalt unserer Gesellschaft bei. Dies ist ein lohnendes **soziales Investment!**

Die Gemeindeverwaltung muss bürgernah und bürgerfreundlich arbeiten können. Hierzu braucht sie das adäquate Personal an den richtigen Stellen. Die CDU hat bereits einen Antrag gestellt, damit genügend Mittel zur **Personalgewinnung** und zur **Entlastung des Bestandspersonals** bereitgestellt werden.

Der **Erhalt unserer Straßen und Wege** ist Gegenstand eines ungeschriebenen **Generationenvertrages**. Keinesfalls sollten die bereits geplanten Projekte gestoppt und Investitionen heruntergefahren werden. Es ist nicht fair, zukünftigen Generationen kaputte Straßen zu hinterlassen. Deshalb sollten insbesondere die nach § 8 KAG durch Anliegerbeteiligung geplanten Ausbaumaßnahmen nur etwas verzerrt werden, damit der gemeindeeigene Anteil an den Fördermaßnahmen im Haushalt darstellbar bleibt. Nach hier vorliegenden Informationen soll das Förderprogramm der Landesregierung nach 2024 fortgesetzt werden. Die Bürger sollen bekommen, was ihnen zusteht!

Insgesamt aber unterstützt die CDU den Haushaltsentwurf der Verwaltung und sieht leider wenige Möglichkeiten zur Vermeidung von Steuererhöhungen. Es soll jedoch nach dem Willen der CDU geprüft werden, ob eine größere Ausschüttung aus der „Sport- und Freizeitbad Lindlar GmbH“ (SFL) einer **Erhöhung der Grundsteuer B entgegenwirken** kann.

Einer **Erhöhung der Gewerbesteuer** erteilt die CDU eine **klare Absage**. Anders als von SPD und Grünen oftmals dargestellt ist diese keine „Luxussteuer“ infolge unternehmerischen Gewinns, sondern schmälert Investitionen in neue Geschäftsideen, in Weiterentwicklung und damit in die Zukunft von Arbeitnehmer/-innen vor Ort. Die Berechnung der Gewerbesteuer ist zurzeit gar nicht seriös möglich.

Unternehmen sollten für ihre Verantwortung und ihr Engagement zu Pandemiezeiten nicht noch bestraft werden. Zurzeit ist die Rede davon, dass viele Unternehmen sogar Stundungsanträge für die Gewerbesteuer einreichen. Die CDU wundert sich demnach doch arg über das Zahlenwerk von Grünen und SPD. Ebenso **absurd** ist aus Sicht der CDU eine **Anhebung der Grundsteuer A**, die in der Summe nichts bringt, aber ein fatales Signal in Richtung der notleidenden Landwirtschaft sendet.

Die CDU ist frohen Mutes, einiges auch bei knappen Kassen für die Bürgerinnen und Bürger erreichen zu können. Dazu ist sie

fest entschlossen. Letztlich entscheiden aber die neuen Mehrheiten im Gemeinderat.

Die CDU wird in den ausstehenden Verhandlungen jedoch nicht ihre Kernüberzeugungen für **nachhaltige Wachstumsstrategien**, für **Wohlstand** und den **Erhalt der Schöpfung** einer ideologischen Umverteilungspolitik opfern. Insofern stehen in Lindlar ggf. harte Verhandlungen im Gemeinderat an. Spannend bleibt zudem, ob das Lindlarer Ampelbündnis dieser Kraftprobe gewachsen sein wird und – so wie in persönlichen Machtfragen – auch inhaltlich zusammensteht, sprich Verantwortung für Lindlar übernehmen wird.

CDU: Kommunalpolitik niemals allein vom Schreibtisch aus!

Die CDU-Fraktion beantragt die Wiedereinführung der Bereisungen des Bau- und Planungsausschusses. (Pressemitteilung vom 25. Januar 2021)

Gerade beim Bauen und Planen haben viele Bürgerinnen und Bürger Berührungspunkte mit der Kommunalverwaltung und -politik. Nicht selten ist für die Realisierung eines Bauvorhabens, bei der Errichtung eines Neubaus oder bei einem An- oder Umbau ein bestehender Bauplan zu ändern oder überhaupt erst zu gestalten. In diesen Fällen muss die Politik über meist existenzielle Fragen der Antragsteller befinden. Deshalb war es bis zu den Wahlen gute Praxis, dass interessierte Ratsleute gemeinsam die in Rede stehenden Areale besichtigt haben, um zu sehen, zu erfahren und gemeinsam zu diskutieren, ob und inwieweit man einem Bauantrag aus kommunalpolitischer Sicht entsprechen kann.

Nach den Kommunalwahlen hat die Mehrheit von SPD, Grünen und FDP im Lindlarer Gemeinderat kein Interesse mehr an diesem Instrument der Bürgernähe gezeigt und die Bereisungen, an welchem die CDU immer teilgenommen hat, schlichtweg abgeschafft. Die CDU möchte dies ändern, denn Ortskenntnis, Verständnis für die Lage der Bürger, Kompromisse finden, das kann man nicht gut allein vom Schreibtisch aus machen. Akten lesen, Pläne wälzen, Unterlagen studieren, ist stets die Pflicht. Dialogbereitschaft, Verständnis und Lösungswillen für die Bürger vor Ort sind für die CDU die verpflichtende Kür. Deshalb hat die CDU die Wiedereinführung dieser Bereisungen jüngst beantragt.

Arbeitskreis „Friedhofswesen“ der CDU-Lindlar gründet sich neu

Interessierte Bürgerinnen und Bürger sind herzlich eingeladen. (Pressemitteilung vom 25. Januar 2021)

Am 10. März 2021 tagte der neue Arbeitskreis „Friedhofswesen“ unter der Leitung von Willi Schmitz und Thomas Willmer zum ersten Mal im Rahmen einer Zoom-Video-Konferenz. Vielleicht liegt es daran, dass der Friedhof der Ort ist, der alle Menschen am Ende ihrer irdischen Zeit sammelt, weshalb sich viele Bürgerinnen und Bürger mit Vorschlägen und Ideen zu diesem Thema seit dem ersten medialen Aufschlag im vergangenen Sommer bei der CDU gemeldet haben. Die Themenweite reicht von Gestaltungsfragen der Grabstätten über die Frage nach Kostenreduzierungen, die Möglichkeiten von Grabpatenschaften für historisch bedeutsame Gräber oder die Hilfe für Menschen, die der Grabpflege nicht mehr nachkommen können, bis hin zu Fragen nach dem ökologischen Wert einer Friedhofslandschaft als Kleinbiotop bzw. wegen des Baumbestands zur Frischluftherzeugung mitten im Dorf.

Die Mitglieder des AK „Friedhofswesen“ werden diese ersten Ideen vertiefen, die Lindlarer Friedhöfe bereisen und sich

Anregungen aus anderen Kommunen einholen. Ein wichtiges Thema hierbei wird die Frage nach alternativen Bestattungsformen sein, weil nur noch ca. 25 % der Menschen sich in einem üblichen Sarg bestatten lassen.

Interessierte können sich direkt an Willi Schmitz (willi.schmitz@cdu-lindlar.de) oder an die jeweiligen CDU-Ratsleute vor Ort wenden. Die Kontaktdaten sind unter www.cdu-lindlar.de zu finden.



(Screenshot von der Gründungsversammlung der ersten AK-Sitzung)

CDU-Lindlar stark in allen Kirchdörfern

In Frielingsdorf gibt es dank der CDU eine neue Entwicklung im Ort (Pressemitteilung vom 25. März 2021)

Seit einigen Jahren stellt die Brandbrache in der Jan-Wellem-Straße ein Ärgernis für die Anwohner dar. Von Anfang an kämpft die CDU gemeinsam mit ihren Mitgliedern des Gemeindeverbandes vor Ort sowie mit den in der CDU-Ratsfraktion Aktiven aus Frielingsdorf-Scheel und Umgebung für eine gewinnbringende Verwertung dieses Grundstückes durch die gemeindeeigene Bau-, Grundstücks- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft (BGW).

Nun endlich gibt es ein Licht am Ende des Tunnels, denn der Geschäftsführer der BGW, Wolfgang Bürger, stellte am 22.03.2021 auf Einladung der CDU, welcher auch Vertreter der übrigen Fraktionen folgten, die aktuellen Planungen vor. Demnach werde dort eine Kindertagesstätte errichtet. Raum für Überlegungen bieten noch die Planungsmöglichkeiten für Gebäudeteile, die über dieser bzw. um diese Kita herum errichtet werden könnten.

Die CDU-Fraktion vor Ort, vertreten durch ihren Vorsitzenden Hans Schmitz, und die CDU-Ratsleute Wilfried Orbach, Dr. Jens Herweg und Ingo Sauerbier, können sich gemeinsam mit den CDU-Mitgliedern aus Frielingsdorf, die bei diesem Ortstermin von Wolfgang Braun vertreten wurden, bezahlbaren Wohnraum für Jung und Alt vorstellen.

Aus Sicht der CDU ist dies ein weiteres positives Beispiel für gelungene Entwicklung in den Kirchdörfern. Denn anders als von den anderen Fraktionen nur angekündigt, engagiert sich die CDU proaktiv für generationenübergreifendes Wohnen und den Erhalt der bestehenden Infrastrukturen einschließlich des Einzelhandels beispielsweise gemeinsam mit Vereinen und

Bürgern in Linde oder auch in Hartegasse, in Schmitzhöhe, in Hohkeppel und an vielen anderen Stellen. „Die Stärke hierbei liegt im Machen und nicht im Ankündigen! Deshalb engagiert die CDU sich dort so intensiv für die Menschen, wo sie wohnen, nämlich in unseren Kirchdörfern“, sagt Hans Schmitz, als Vorsitzender der CDU-Ratsfraktion.



(Gruppenbild vor der Brandbrache am 22. März 2021)

Die gute Zusammenarbeit von CDU-Gemeindeverband mit seinen Mitgliedern und den aktiven Ratsleuten vor Ort, die nie müde wurden, sich für die Entwicklung der Brandbrache, Jan-Wellem-Straße 8, einzusetzen, führte letztlich dazu, dass die Ideen bereits vor längerer Zeit von der BGW aufgenommen wurden und nun Form annehmen werden. „Das ist eine tolle Leistung unserer starken Mannschaft! Zusammenhalt zahlt sich aus, in der CDU wie im Allgemeinen, denn unser Motto lautet: Kirchdorfentwicklung, ja! Kirchdorfdenken, nein! Das Engagement der CDU vor Ort reiht sich perfekt in das Engagement der Gesamt-CDU für unsere Kirchdörfer ein.“, ergänzt Sven Engelmann als Vorsitzender des CDU-Gemeindeverbandes Lindlar.

CDU vor Ort: Tempolimit für Süttenbach gefordert

*Willi Schmitz und Sven Engelmann im Gespräch mit betroffenen Anwohnern
(Pressemitteilung vom 31. März 2021)*

Die an der L129 gelegene Lindlarer Ortschaft Süttenbach leidet unter den gegenwärtigen Verkehrsbedingungen. Trotz der unübersichtlichen und engen Kurvenlage dürfen Verkehrsteilnehmer theoretisch mit 100 km/h durch Süttenbach fahren, was für die schwächeren Verkehrsteilnehmer gefährlich ist.



*(Ortstermin in Süttenbach am
29. März 2021)*

Davon konnten sich der der zuständige CDU-Ratsvertreter, Sven Engelmann, und der CDU-Kreistagsabgeordnete, Willi Schmitz, gemeinsam mit betroffenen

Anwohnern, wie der Familie Hufenstuhl (Foto), ein Bild vor Ort machen: Bereits nach kurzer Zeit kommt es dort zu waghalsigen Fahrmanövern von lauten Krafträdern, Autos und LKW bei hohem Tempo. Zudem kommen zwei LKW kaum aneinander vorbei, Fußgänger und Reiter geraten bei hoher Geschwindigkeit schnell aus dem Blick.

Die CDU ist überzeugt davon, dass die örtlichen Gegebenheiten für hohe Geschwindigkeiten ungeeignet sind: Häufig queren viele Reitsportler – darunter viele Kinder und Jugendliche – die L129, um das Gestüt „Hufenstuhl“ aufzusuchen oder um von dort aus auszureiten. Dank dieses Reitsportbetriebes wird für Jugendliche dort einiges geboten, was beide Kommunalpolitiker ausdrücklich begrüßen. Um Anwohner und Besucher zu schützen, haben sie mit der CDU-Fraktion einen Antrag zur Reduzierung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit auf 30 km/h und die Ausweisung als geschlossene Ortschaft durch Aufstellung eines Ortschildes gestellt.

Gemeinsam die Verkehrssituation in Lindlar-West verbessern

CDU schlägt gemeinsamen Ortstermin mit Anwohnern und allen Fraktionen vor. (Pressemitteilung vom 6. April 2021)

Die CDU-Fraktion setzt sich seit Langem dafür ein, dass Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit im gesamten Bereich Lindlar-West, hier konkret im Bereich der Grundschule, der Rheinstraße und der Abzweigung in die Straße Reuschsiefen sowie im Bereich Falkenhof getroffen werden sollen. Insbesondere die Sicherheit der schwächeren Verkehrsteilnehmer muss erhöht werden. Seien es Fragen nach den tatsächlich gefahrenen Geschwindigkeiten, Gefährdungen durch die Parksituationen, die Fußgängersituation im Mündungsbereich der Lindenallee, das sichere Queren der Rheinstraße – über eine noch zu schaffende Querungshilfe samt Zebrastreifen – insbesondere für Schülerinnen und Schüler, seien es Ideen für einen Kreisverkehr oder mag es auch die Parksituation im Kreuzungsbereich der Lindenallee Ecke Akazienweg betreffen, gegen all diese Probleme hilft nur eine ganzheitliche Lösung.

Diese möchte die CDU sehr gerne mit den betroffenen Anwohnerinnen und Anwohnern in Zusammenarbeit mit den anderen Fraktionen finden und umsetzen. Auch die SPD hat hierzu Anträge gestellt, die teilweise die gleichen Problemlagen behandeln. Die CDU hat konkret vorgeschlagen, hierzu baldmöglichst ein Treffen vor Ort zu organisieren, wenn die Pandemiebedingungen es wieder zulassen. Dann sollte „die Politik“ rasch Einvernehmen im Sinne

der Anlieger herstellen und umsetzen. Armin Brückmann (armin.brueckmann@cdu-lindlar.de) und Axel Schmitz (axel.schmitz@cdu-lindlar.de) von der CDU nehmen Anregungen bereits jetzt gerne entgegen. Beide werden sich für das Zustandekommen eines Termins vor Ort einsetzen und nehmen die Organisation gerne in Angriff.

Neben der gegenseitigen Information und der Herbeiführung von Einvernehmen über Fraktionsgrenzen hinweg, kann z.B. eine gemeinsame Ortsbegehung auch das wechselseitige Verständnis der Verkehrsteilnehmer untereinander fördern. Dies könnte dann auch im präventiven Sinne dazu beitragen, dass mehr Ordnung beim Parken und somit hier und dort bereits eine bessere Sicht für und auf die Kleinsten z.B. im Bereich der Rheinstraße geschaffen wird. „Wie bei vielen anderen Fragen auch, ist der Dialog der Königsweg“, sagt Axel Schmitz, der sich als Sachkundiger Bürger und Ortsvertreter der CDU im Wahlbezirk Falkenhof auch nach der Kommunalwahl weiterhin engagieren wird.

„Wir müssen jetzt und gemeinsam handeln, die Sorgen Anwohnerinnen und Anwohner ernst nehmen. Gerade das Thema Verkehrssicherheit liegt mir sehr am Herzen und da sind wir gerne die Ersten, die einen Kompromiss suchen“, fügt Armin Brückmann hinzu.

Neue Wege verbinden

CDU möchte über Radwege alle Kirchdörfer mit dem Hauptdorf verbinden. Auch Schulwege liegen im Fokus. (Pressemitteilung vom 8. Mai 2021)

Es besteht kein Zweifel daran, dass in Lindlar noch viel für die Fortbewegung mit dem Rad oder zu Fuß verbessert werden könnte. Zu Zeiten knapper Kassen sind umfangreiche Gesamtplanungen aber nicht so einfach umzusetzen. Dennoch möchte die CDU alles versuchen, um ressourcenschonende rasche Verbesserungen zu erzielen und die ersten Schritte hierzu bald einzuleiten.

Die Idee: Zunächst mit dem Ausbau bestehender, katastermäßig bereits existierender Wege anfangen und für ein Rad- und Gehwegnetz auch bestehende Straßen und Wege miteinbeziehen. Nach und nach könnten dadurch kostenarm wertvolle Fahrrad-Verbindungen geschaffen werden.

Dabei sollten diese Wege wichtige Ziele wie insbesondere die Schulen miteinander verbinden. Hierzu ein konkretes Beispiel: Für die Eltern der Schulkinder aus dem Bereich der Klausen Straße gäbe es nicht Schöneres, als die Grundschule Lindlar-Ost auf dem direkten Wege, d.h. über den hinter dem LIDL-Markt, Am Kirchbäumchen, befindlichen und einen noch zu schaffenden Weg über das derzeitige Waldgelände erreichen zu können, schnell und sicher.

Erst vor kurzem trafen sich einige Eltern samt ihren Kindern mit CDU-Ratsherrn Norman Finkenburg, dem CDU-Fraktionsvorsitzenden Hans Schmitz sowie dem CDU-Gemeindeverbandsvorsitzenden Sven Engelmann vor Ort, um über „neue Wege“ zu sprechen und zudem die Verkehrssicherheit im Bereich des Kreisverkehrs Am Kirchbäumchen zu erhöhen. Denn hier fehlt noch eine sichere Querungshilfe für die Kleinen.

Die Erschließung eines neuen Rad- und Gehweges in Lindlar-Ost kann dann

Bestandteil einer weiteren Radwegverbindung sein. Von Engelskirchen bzw. dem IPK könnten Radfahrer auch über die Taubenstraße bis zur Mühlenseite und von dort aus weiter zum Schulzentrum und zum Freizeitpark sowie später auch weiter in Richtung Westen werden.

Durch geschickte Verkehrsplanung und Ausweisung weiterer Fahrradwege wäre für den Anfang eine wichtige Ost-West-Achse geschaffen.

Das Ziel, sukzessive auch die anderen Kirchdörfer mittels Radwege mit dem Hauptdorf zu verbinden, könnte somit deutlich erreichbar werden. Hierdurch würden zudem erhebliche Anreize gesetzt, das Auto stehen zu lassen und somit etwas für die eigene Gesundheit sowie für das Klima zu tun. Schulen, Arbeitsplätze und Wohngebiete wären dann sicherer und umweltfreundlicher erreichbar.



(Ortstermin am 2. Mai 2021 mit Anliegern)

Baulückenkataster wird Gemeinde unnötig belasten!

SPD lässt auf ihren Antrag hin Grundsteuerzahler für Immobilienvermittlungen zahlen. Gegenargumente bleiben ungehört. (Pressemitteilung vom 12. Mai 2021)

Die Nachfrage nach Einfamilienhäusern und Bauland ist riesig. Bei der Gemeindeverwaltung liegen inzwischen an die vierhundert Anfragen hierzu vor. Die CDU setzt sich schon immer dafür ein, dass sich möglichst viele Menschen diesen Traum ermöglichen können. Allerdings befeuert der Planungsstopp der Ampelparteien für das Neubaugebiet „An der Jugendherberge“ die Not der vielen bauwilligen Familien.

Dafür glaubt die SPD, den Menschen mit einem aufwändigen Baulückenkataster weiterhelfen zu können: Die Verwaltung soll als Maklerin auftreten, um Käufer und Verkäufer zusammenzubringen. Dabei gibt es keinen einzigen Fall, dass ein Verkäufer keinen Käufer gefunden hätte.

Die SPD hat sich nun mit Stimmen von Grünen und FDP gegen die CDU durchgesetzt und die Verwaltung beauftragt, um jeden Preis ein solches Baulückenkataster einzurichten. Dabei hat die Verwaltung hierfür keine Ressourcen. Zudem dürfte dies dem Steuerzahler teuer zu stehen kommen, da der Aufwand immens ist.

Solch ein Kataster führt nicht zu einem größeren Angebot, da viele Grundstückseigentümer aus nachvollziehbaren Gründen nicht verkaufen möchten. Die Idee der CDU, Verkaufsangebote einfach bei der BGW zu sammeln, wurde ausgeschlagen.

Grotesk: Nun müssen auch Mieter über die Grundsteuer B für die Vermittlung von Immobiliengeschäften mitbezahlen. Das ist unsozial!

Wer Bäume liebt, ...

... behütet sie vor einer Baumschutzssatzung. – CDU lehnt grüne Erziehungsmethoden gegen Bürgerinnen und Bürger ab. Baumschutz trotzdem möglich! (Pressemitteilung vom 13. Mai 2021)

Die CDU-Fraktion begrüßt grundsätzlich den Schutz der Bäume. Hierzu gibt es bereits viele Regeln und Möglichkeiten. Das Fällen ist grundsätzlich vom 1. März bis zum 30. September gesetzlich verboten. Besonders wertvolle Bäume können bereits heute unter den Schutzmantel eines Naturdenkmals gestellt werden.

Den Antrag der Grünen, den Eigentümern grundsätzlich zu verbieten, Bäume mit einem Stammumfang von mehr als einem Meter zu fällen, lehnt die CDU ab. Davon haben die Bäume selbst am meisten: Wird den Bürgern klar, dass rigide Baumschutzbestimmungen kommen, wird es gewiss viele Fällungen auf Vorrat geben. Bäume mit einem Stammumfang von 99 cm dürften zukünftig damit das Ende ihrer Lebenszeit

erreicht haben. Ist so etwas gerade jetzt sinnvoll?

Die CDU fragt sich, wer eine solche Satzung denn kontrollieren soll. Und was soll die Errichtung eines Baumkatasters samt Überwachung kosten? Und wer übernimmt die Haftung, wenn das Fällverbot zu einem Baumschaden führt und infolgedessen schlimme Schäden bis hin zu tödlichen Verletzungen eintreten? Wer kommt für die Prüfkosten auf? – Auf diese Fragen konnten die Grünen im Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz keine Antwort liefern.

Die CDU glaubt an die Mündigkeit, Vernunft und Freiheit der Bürger. Anders als die FDP, die sich für das Beschneiden der Rechte von Eigentümern ausspricht.

Besuch beim „Weißen Pferdchen“

Die Pilgerherberge wird ein prominentes Aushängeschild für Lindlar werden. Entwicklungen in den Kirchdörfern liegt der CDU am Herzen. (Pressemitteilung vom 22. Mai 2021)

Nachdem der Heimatverein im letzten Jahr für den Umbau des „Weißen Pferdchens“ zu einer Pilgerherberge Leader-Fördermittel in Höhe von ca. 113.000 € bewilligt bekommen hatte und damit der Startschuss für die Errichtung einer einzigartigen Pilgerherberge gefallen war, war auch die Freude in der CDU-Fraktion riesengroß.



(Ortstermin am „Weißen Pferdchen“ am 21. Mai 2021)

Deshalb bat die CDU Bernd Althaus, der die Bautätigkeiten im „Weißen Pferdchen“ leitet, um einen Ortstermin. Mit

Begeisterung konnten Ratsherr Klemens Krieger, Fraktionsvorsitzender Hans Schmitz und Gemeindeverbandsvorsitzender Sven Engelmann, dem Vortrag von Bernd Althaus nachempfinden, wieviel Emotion und Engagement seitens der Akteure angesichts der baulichen Herausforderungen in dem Projekt stecken.

Die CDU hatte seinerzeit die Aktivitäten des Heimatvereins verschiedentlich unterstützt. Schwierigkeiten habe es insbesondere bei den Denkmal- und Brandschutzfragen gegeben, betont Bernd Althaus. „Die Menschen in Hohkeppel können stolz auf das Erreichte sein. Unser Dank gilt allen Menschen, die sich hier einsetzen“, sagt Hans Schmitz.

Klemens Krieger wird die Fraktion weiterhin unterrichten und sich für die Belange der Menschen in Hohkeppel einsetzen.

„Starke Kirchdörfer sind für Lindlar essenziell! Ganz Lindlar wird von der Pilgerherberge profitieren. – Einzigartig in der Region!“, resümiert Sven Engelmann.

Mit Herz und Hand in das Klima der Zukunft investieren

Dr. Carsten Brodesser setzt sich gemeinsam mit der CDU-Lindlar für die Aufforstung in den Bergischen Wäldern ein. (Pressemitteilung vom 23. Mai 2021)

„Aufforsten“ ist nicht nur ein gefragtes und populäres Thema. „Aufforsten“ ist eine Investition in die Zukunft, gar in unsere Existenz, denn jedem ist doch klar: Leidet der Wald, kann es auch den Menschen nicht gutgehen.

Auch wenn es inzwischen zahlreiche Förderprogramme für die Unterstützung von Waldbauern gibt, ist es mit Geld allein nicht getan. Viel wichtiger ist der Austausch darüber, wie künftige Wälder beschaffen sein sollten, um gegen Klimafolgen resilient sein und zugleich Raum für möglichst viele Baumarten schaffen zu können.

Die CDU hat in Lindlar zum Tätigwerden im Kleinen ebenso aufgerufen, wie Forstbetrieben ihre Unterstützung zugesagt.

CDU-Bundestagsabgeordneter Dr. Carsten Brodesser hat gemeinsam mit dem Vorsitzenden des CDU-Gemeindeverbandes, Sven Engelmann, und dem stellvertretenden Bürgermeister, Armin Brückmann, Hans Schmitz in seinem Wald besucht. Hans Schmitz leitet nicht nur die CDU-Gemeinderatsfraktion, sondern ist ein echter Experte zu den Themen Landwirtschaft und Wald.

Bei dem Besuch im „Peffeköver Holz“ gab es nicht nur einen interessanten Dialog rund um den Wald. Gemeinsam wurden auch einige Reihen Bäume gesetzt. Die Arbeit bereitete allen Freude. Carsten Brodesser berichtete dabei von den zahlreichen Waldprojekten im Bergischen Land, für die er sich persönlich mit vielen Menschen einsetzt.

Tempo 70 auf der L 284 im Bereich Schwarzenbach gefordert!

CDU möchte zukünftig heftigere Unfälle verhüten. Unfallursachen von Interesse. (Pressemitteilung vom 27. Mai 2021)

Seit Jahren kommt es auf der L284 u.a. im Bereich Schwarzenbach zu Verkehrsunfällen mit teilweise gravierenden Personenschäden.

Für die CDU-Fraktion ein triftiger Grund, sich näher mit Hintergründen und Folgen dieser Thematik zu befassen. Denn zum einen geht es darum, mehr über die konkreten Unfallursachen zu erfahren, weil nicht immer eine zu hohe Geschwindigkeit der Grund für Unfälle ist. Deshalb möchte die CDU gerne, dass der Oberbergische Kreis zu rein statistischen Zwecken über einen längeren Zeitraum verdeckt die gefahrenen Geschwindigkeiten erfasst. Auch soll im Rheinisch-Bergischen-Kreis nachgefragt werden, wie sich die Absenkung der Höchstgeschwindigkeit auf 70 km/h dort ausgewirkt hat.

Bislang wurde entsprechenden Anträgen zur Absenkung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit im Bereich Schwarzenbach bis hinter den Abzweig nach Hoffstadt von übergeordneter Stelle nicht entsprochen.

„Eine Höchstgeschwindigkeit von 70 km/h im erweiterten Einmündungsbereich „Schwarzenbach“ könnte Fahrfehler im Falle eines Crashes zumindest „verzeihlicher“ machen, denn hohe Geschwindigkeit ist nicht immer die Ursache, aber hat aber oft schlimme Auswirkungen auf das Schadensbild“, sagt der zuständige CDU-Rats Herr Sven Engelmann.

Der CDU geht es sowohl um präventiven Schutz der Verkehrsteilnehmer als auch um Verhältnismäßigkeit bei Geschwindigkeitsbeschränkungen.

Neubaugelbiet: Lindlarer SPD/Grüne/FDP wollen riesige Miets- häuser auf der grünen Wiese

CDU möchte kein Chorweiler II in Lindlar. Lindlarer Familien sollen schnell bauen können. – Kein „billiges Bauland“ für großangelegten Zuzug aus Großstädten! (Pressemitteilung vom 16. Juni 2021)

SPD, Grüne und FDP zeigten sich in der Tagung des Bau- und Planungsausschusses gegenüber den Anliegern wortbrüchig, stellten ihre, lange geheim gehaltenen Pläne vor. Demnach sollen mindestens 230 neue Wohnungen entstehen. Dies übertrifft alle bisherigen Vorstellungen und missachtet die damit verbundenen Beeinträchtigungen für den Straßenverkehr und sämtliche Infrastrukturen wie Kitas und Schulen. Eigene Bedenken und Wahlversprechen wurden eiskalt gebrochen. Die Vertreter der Bürgerinitiative kritisieren dies massiv und belegen den Wortbruch mit vielen Zitaten.

Viele weitere Fragen blieben offen, u.a. die nach dem tatsächlichen Bedarf für Geschosswohnungen. Die SPD möchte hier sogar sozialen Wohnungsbau errichten. Im vergangenen Jahr gab es nur 25 Nachfragen nach einem Wohnberechtigungsschein, davon einige gar nicht aus Lindlar. Der Bedarf konnte nicht nachgewiesen werden.

Die von der SPD gepriesene und aus der Erklärungsnot heraus angebotene Bürgerbeteiligung stellt sich als falsches Angebot dar, weil Grüne und FDP sich bereits für diese Planungen festgelegt haben. Alle drei Parteien haben auch weitere Planungsschritte durch Beschluss in die Wege geleitet. Als gemeinsames Ampelbündnis werden sie diese Ideen nun verfolgen. Immer wieder warben alle drei Parteien für diese Form der Entwicklung.

Die rhetorischen, langatmigen Klimmzüge der Grünen als Erklärung für den Wortbruch kamen erkennbar an den Reaktionen des Publikums schlecht an. Die FDP ließ

sich erst gar nicht zu Erklärungsversuchen herab. Sie meint, am müsse die Kritik hinnehmen und mehr nicht.

Alternative Fakten präsentierte die SPD auch im Umgang mit der CDU, weil sie nicht zugab, dass die CDU bereits vor Langem mit Kompromissvorschlägen zum Geschossbau auf sie zugekommen war.

Die CDU lehnt diesen Gigantismus à la Köln-Chorweiler auch wegen der zu erwartenden sozialen Folgen ab. Das Idyll des gemeinsamen Wohnens könnte sich in dieser Größenordnung zu einem Hotspot entwickeln. Das muss viel besser überlegt werden. Miteinander Leben und alternative Wohnformen sind möglich, aber nicht mit Lösungen aus der Stadt auf dem Land. Diese zentrale Lösung zerstört zudem Perspektiven für Lindlars Kirchdörfer in existenziellem Umfang.

Pikantes Detail: Die Grünen sprachen von einer Art „Arbeitersiedlung“ für Menschen, die dann mit dem Rad zu ihren Arbeitsstellen im IPK radeln können. Offen reden sie vom Zuzug von außerhalb, um Arbeitskräfte für neue Unternehmen zu gewinnen und dort anzusiedeln.

Der Vorschlag der CDU, den bestehenden B-Plan öffentlich bekannt zu machen, damit vor allem Familien rasch Einfamilienhäuser bauen können, wird von den drei Fraktionen auch abgelehnt, obwohl man die Erweiterungsfläche angepasst mit den Bürgern gemeinsam entwickeln könnte und eine Bebauung ggf. erst viel später und damit bedarfsgerecht erfolgen könnte.

Flyeraktion zum Neubaugebiet an der Jugendherberge
Frontseite des Themenflyers aus dem Sommer 2021

Bezahlbar wohnen und miteinander leben in Lindlar!



Planung: F & G Geddert, Düsseldorf

*Wer groß denkt, darf nicht
gigantisch bauen!*

Unsere Positionen
zum Wohnbaugebiet
"An der Jugendherberge"

Textseite des Flyers zum Neubaugebiet an der Jugendherberge

Lindlar soll liebens- und lebenswert bleiben!

Die CDU ist seit Generationen der Motor für bezahlbaren Wohnraum in Lindlar, sowohl für Einfamilienhäuser wie auch für Geschosswohnungen!

Viele wichtige Wohnprojekte hat die CDU angestoßen, ob im Altenlinder Feld, am Kirschbäumchen, in Frielingsdorf, in Linde oder selbstverständlich mitten in Lindlar! Hierbei spielt die kommunale BGW als Entwicklungsgesellschaft eine maßgebliche Rolle, deren wirtschaftliche Leistungsfähigkeit jedoch nicht überstrapaziert werden darf!

Der Erhalt unserer Kirchdörfer spielt für die CDU eine entscheidende Rolle. Diese müssen ebenso gestärkt werden, damit

Versorgungsstrukturen wie Ärzte und Einzelhandel erhalten bleiben können. Eine Abwanderung von dort darf nicht passieren.

Wir wollen bezahlbare Wohnungen und den zügigen Bau von Einfamilienhäusern (EFH). Von derzeit ca. 400 Anfragen nach Baugrund für EFH kommen viele aus Lindlar. Anfragen zu Wohnberechtigungsscheinen für Sozialwohnungen gab es im Laufe eines Jahres nur ca. 25, teils von außerhalb! So viel zu den belegbaren Bedarfen.

Deshalb:

Wir möchten günstigen Wohnraum in Geschosswohnungen mit gesellschaftlicher Durchmischung für alle Menschen, aber keine sozialen Hotspots schaffen! Wer in Sozialwohnungen wohnen darf, bestimmt allein der Oberbergische Kreis. Lindlar kann nicht mitreden!

Wer 800 Menschen zeitgleich mitten in Lindlar ansiedeln möchte, nimmt wie SPD/Grüne/FDP unseren Kirchdörfern die Existenzgrundlagen!

Also, lieber keinen Gigantismus an der Jugendherberge, sondern behutsame und maßvolle Entwicklung auch in und für unsere Kirchdörfer!

Es geht uns alle an!

Wir brauchen keinen Zuzug aus den Großstädten, sondern Chancen für unsere Familien, für unseren Einzelhandel und unsere Versorgung vor Ort. Deshalb lehnen wir zudem die Idee von SPD/Grünen/FDP ab, weitere Cafés, Bäckereien etc. in den neuen „Quartieren“ anzusiedeln.

Opposition für Vernunft und sozialen Zusammenhalt! Ihre CDU.

Immer aktuell unter www.cdu-lindlar.de

Bürger ohne Beteiligung – Existenz von Einzelhändlern und Gastronomie bedroht!

Nach heftigem Widerstand von Bürgern und trotzdem zäher Verteidigung muss die SPD ihren eigenen Antrag zurückziehen. (Pressemitteilung vom 4. Juli 2021)

Im Ausschuss für Sicherheit und Ordnung brachte die SPD einen Antrag ein, wonach der Lindlarer Ortskern noch in diesem Sommer testweise an mehreren Wochenenden für den Verkehr gesperrt werden sollte.

Im Ausschuss beteuerte die SPD, vorher mit den Betroffenen gesprochen zu haben. Auf Antrag der CDU kamen dann fast alle betroffenen Gastronomen, Einzelhändler und Anlieger zu Wort. Dabei stellte sich heraus: Mit niemandem hatte die SPD gesprochen. Niemand der anwesenden Betroffenen war mit dem Antrag der SPD einverstanden. Besonders nachdenklich machte, dass der Fraktionsvorsitzende der SPD als regelmäßiger Gast nicht einmal nach der Meinung der Caféinhaber hierzu gefragt haben soll.

Zudem hatte der Antrag viele inhaltliche Schwächen, lieferte keine Antworten auf mit einer Sperrung einhergehenden Fragen für z.B. die Umleitung des Verkehrs am Wochenende. Viel schlimmer: Es sollte ein Testballon auf Kosten der ohnehin von der Pandemie getroffenen Gastronomie sein. Dabei sagen viele von ihnen deutlich: „Kommt die Sperrung am Wochenende, ist meine Existenz kaputt!“

Die CDU möchte einen lebendigen, attraktiven Ortskern und schlägt z.B. Sperrungen für Events unter Einbeziehung der Anlieger oder Maßnahmen für mehr Verkehrssicherheit vor. Vieles ist gemeinsam mit den Bürgern möglich, nicht gegen sie!

Starkregenereignisse in Lindlar

CDU-Fraktion stellt viele Fragen für adäquate Maßnahmen gegen Folgen des Klimawandels. (Pressemitteilung vom 17. August 2021)

Auch wenn die Schäden durch die Starkregenereignisse in anderen Teilen von NRW und in Rheinland-Pfalz größer und tragischer waren als bei hier in Lindlar, ist es nötig, dass auch auf Kommunalebene alles Leistbare geschieht, damit zukünftig Schlimmeres verhindert wird. Der CDU geht es deshalb zunächst darum, relevante Informationen bündeln und auswerten zu können. Dann sollen die passenden Maßnahmen getroffen werden. Wichtig sind z.B. Fragen nach den Kapazitäten der Regenrückhaltebecken, das Durchlaufvermögen von Abläufen sowie vorbeugenden und abwehrenden Maßnahmen des Aggerverbands oder des TeBEL usw.

Das Thema „Wasser/Abwasser“ war für die CDU stets bedeutsam. Die Entscheidung von SPD/Grünen/FDP, den zuständigen

Betriebsausschuss Wasser/Abwasser unnötig zu verkleinern, wurde bereits seinerzeit heftig von der CDU kritisiert.

Dennoch möchte die CDU selbstverständlich gemeinsam mit allen Fraktionen zügig konstruktive und zukunftsfeste Entscheidungen zum Schutz des Klimas wie gegen Klimafolgeschäden für die Lindlarer treffen.

Natürlich ist CDU sehr daran interessiert, wie sehr diese Unwetterkatastrophe die Bürgerinnen und Bürger getroffen hat, wo Hilfe erwartet wird und wo sie nicht zuletzt auch durch die Politik initiiert und begleitet werden könnte. Noch in der Sommerpause hat die CDU-Fraktion einen entsprechenden Fragenkatalog an die Gemeindeverwaltung gerichtet.

CDU lädt zum Kulturbummel durch Lindlar ein.

Eine spannende und unterhaltsame „Kulturtour für jedermann“ am 18. September 2021 (Pressemitteilung vom 26. August 2021)

LINDLAR und „Kultur“ – das sind außer unterhaltsamer, anspruchsvoller Musik, Theater, Brauchtum und Religion auch prägende Kulturgüter. Lindlar hat zahlreiche geschichtsträchtige, heimatkundliche und künstlerisch interessante Denkmäler und Werke. Kultur ist in und für die **CDU** schon immer ein wichtiges Thema gewesen.



Der zertifizierte Natur- und Landschaftsführer, Winfried Panske, bietet einen Bummel durch den Ortskern von Lindlar bis zum angrenzenden Freizeitpark an, um auf die dortigen, bedeutenden Kulturgüter aufmerksam zu machen. Immer wieder staunen Teilnehmer/-innen der beliebten kulinaren Ortsführungen über die Vielfalt dieser herausragenden Kunstwerke. Angereichert mit Details und Anekdoten werden diese während einer gut zweistündigen Führung präsentiert. Jede und jeder, der sich für Geschichte und Kultur interessiert, ist ebenso herzlich eingeladen wie Heimatverbundene und Menschen, die Geselligkeit suchen.

Der **CDU-Bundestagsabgeordnete, Dr. Carsten Brodesser**, wird diesen Kulturbummel begleiten und steht auch im Anschluss für persönliche Fragen und spannende politische Gespräche bereit.

Termin: **Samstag, 18.09.2021, 17:30 Uhr**

Treffpunkt: Marktplatz/Steenkühlerbrunnen, Dr.-Meinerzhagen-Str., 51789 Lindlar.

Schlusseinkehr bei „Bachs & Binas“, Kirchplatz 7.

Bitte anmelden bis Donnerstag, den 16.09.2021, bei Sven Engelmann, sven.engelmann@cdu-lindlar.de.

Ausbau des Sirennennetzes und regelmäßige Probealarme für den Ernstfall

CDU setzt sich für verbesserte Zivilschutzmaßnahmen ein. Warnung steht am Anfang der Kette. (Pressemitteilung vom 26. August 2021)

Die Starkregenereignisse der letzten Wochen haben vielen Mitbürgern gezeigt, wie wichtig eine durchdringende Warnung der Bevölkerung in einem Krisen- oder Katastrophenfall ist. An einigen Stellen im Gemeindegebiet ist – ersten Reaktionen und Nachfragen von Bürgerinnen und Bürgern zufolge – eine Signalgebung durch Sirenen sehr schlecht oder gar nicht wahrnehmbar. Die Weckfunktion in der Nacht ist keinesfalls flächendeckend gewährleistet, was je nach Ereignislage lebensbedrohlich sein kann, wenn es dann auf jede Sekunde ankommt. Dies schafft bei einigen Mitbürgern nachvollziehbare Verunsicherung. Die CDU hat hierauf zügig reagiert und beantragt, dass geprüft wird, wo weitere Sirenen installiert und bestehende ertüchtigt werden müssten. Zukünftig sollte es mindestens viermal pro Jahr einen Probealarm zur Warnung der Bevölkerung geben.

Es gibt viele denkbare Schadensereignisse bis hin zu einem ernsthaften Krisen- oder Spannungsfall, wo eine wirksame Warnung Leben retten kann. Nicht Panik, sondern eine Anleitung zu richtigem Verhalten soll damit einhergehen. Deshalb soll in öffentlichen Gebäuden auch auf die Sirenensignale aufmerksam gemacht werden und Kinder und Jugendliche zudem in Kita- und Schule das richtige und besonnene Verhalten einüben, z.B. zunächst den öffentlichen Rundfunk einzuschalten oder nach Hause zu gehen.



Aus und mit der Schöpfung leben – Was bedeutet dies für die moderne Landwirtschaft?

Führung auf dem Eichenhof der Familie Gräf in Lindlar gewährt tiefen Einblick in die moderne landwirtschaftliche Praxis.

Der Evangelische Arbeitskreis (EAK) und die Frauen Union (FU) der CDU Oberberg besuchten am 08.09.2021 gemeinsam mit Dr. Carsten Brodesser den Eichenhof der Familie Gräf in Lindlar. Von der Führung durch den Landwirt Herbert Gräf versprachen sich die Anwesenden, die aus dem ganzen Kreisgebiet angereist sind, mehr Klarheit darüber, wie sich der Alltag eines landwirtschaftlichen Betriebes in den Einklang mit der Wahrung der Schöpfung bringen lässt. Diese Erwartung wurde durch die Erklärungen und die Vermittlung von fachlicher Expertise durch Herbert Gräf nicht enttäuscht. „Ich behandle meine Tiere und auch meinen Boden wie lebendige Wesen unserer Schöpfung“, stellt der passionierte Landwirt überzeugend dar. Vieles war zu erfahren über Haltungsverfahren der Milchkühe von Geburt an bis zu ihrem Ende, über die penible Sorgfalt und beeindruckende Fürsorge, die Verantwortung für Böden und Pflanzen bis hin zur Verwertung von Mist und Gülle durch eine hofeigene Biogasproduktion, wodurch auf dem Hof elektrischer Strom erzeugt wird.



(gesammelte Eindrücke vom Besuch auf dem „Eichenhof“ der Familie Gräf)

Der EAK, die FU wie auch die CDU Oberberg befassen sich intensiv mit dem Thema des Umwelt- und Klimaschutzes und in diesem Zusammenhang auch insbesondere mit der heimischen Landwirtschaft. Dass es viel zu tun gibt, war und ist allen Anwesenden zweifellos klar. Dass aber gerade in der oftmals gescholtenen Landwirtschaft bereits viel getan wird und ausgesprochen verantwortungsvoll mit der Ressource „Schöpfung“ umgegangen wird, ist durch den Einblick in die alltägliche Praxis noch viel deutlicher geworden. „Die Margen bei der Vermarktung der Milch werden immer kleiner. Die Wertschätzung der umweltbewussten Tierhaltung drückt sich leider auch nicht adäquat im Marktpreis aus, und dennoch stehen das Tierwohl und der schonende Umgang mit den Böden im Vordergrund. Diese passionierte Haltung im Umgang mit unserer Schöpfung beeindruckt mich zutiefst!“, kommentiert der CDU-Abgeordnete Dr. Carsten Brodesser.



(Blick auf die hofeigene Biogasanlage)

Der Kreisvorsitzende des EAK, Sven Engelman, betonte in einem geistlichen Impuls zu Beginn der Veranstaltung, wie wichtig es ist, bei den Herausforderungen für den Umwelt- und Klimaschutz nicht den Zusammenhalt in der Gesellschaft zu vergessen. „Wie bei allen gesellschaftlichen

Herausforderungen ist der Zusammenhalt Dreh- und Angelpunkt für ein Gelingen der Energiewende. Wir müssen unsere Nächsten für die Wahrung der Schöpfung gewinnen durch Überzeugung und den

Menschen Mut und Hoffnung machen. Denn spaltet sich an diesen Fragen die Gesellschaft nachhaltig, kann es kein Gelingen geben“, ist sich Sven Engelmann sicher.



(Ein gutes Beispiel für überörtliche Zusammenarbeit von EAK und FU der CDU-Oberberg mit dem CDU-Gemeindeverband.)

Wie riskant sind die IPK-Pläne von SPD/Grünen/FDP?

*Transparenz und Fakten als Voraussetzung für ehrliche Bürgerbeteiligung.
(Pressemitteilung vom 22. September 2021)*

Scheitert die Machbarkeit beim IPK bereits an zu hohen Kosten? Was ist mit den Risiken für Gemeinde und BGW? Die CDU hakt mit einem Antrag nach.

Die Vorstellung des „Ampel“-Antrags zur Verkleinerung der Fläche für den fünften Bauabschnitt des Industrieparks Klause am 1. Juli 2021 im Bau- und Planungsausschuss verwunderte stark: Zum einen sollen zukünftige Interessenten sensible Interna ihrer Unternehmen wie Businesspläne und ihre Integrationsquote offenlegen, wenn Sie Bauland erwerben wollen. Zum anderen durfte die CDU-Fraktion aufgrund des „Basta-Beschlusses“ der Ampelfraktionen keine eigenen Ideen und Anträge mehr einbringen. Auch die Tatsache, dass einige Punkte auf deren Antrag

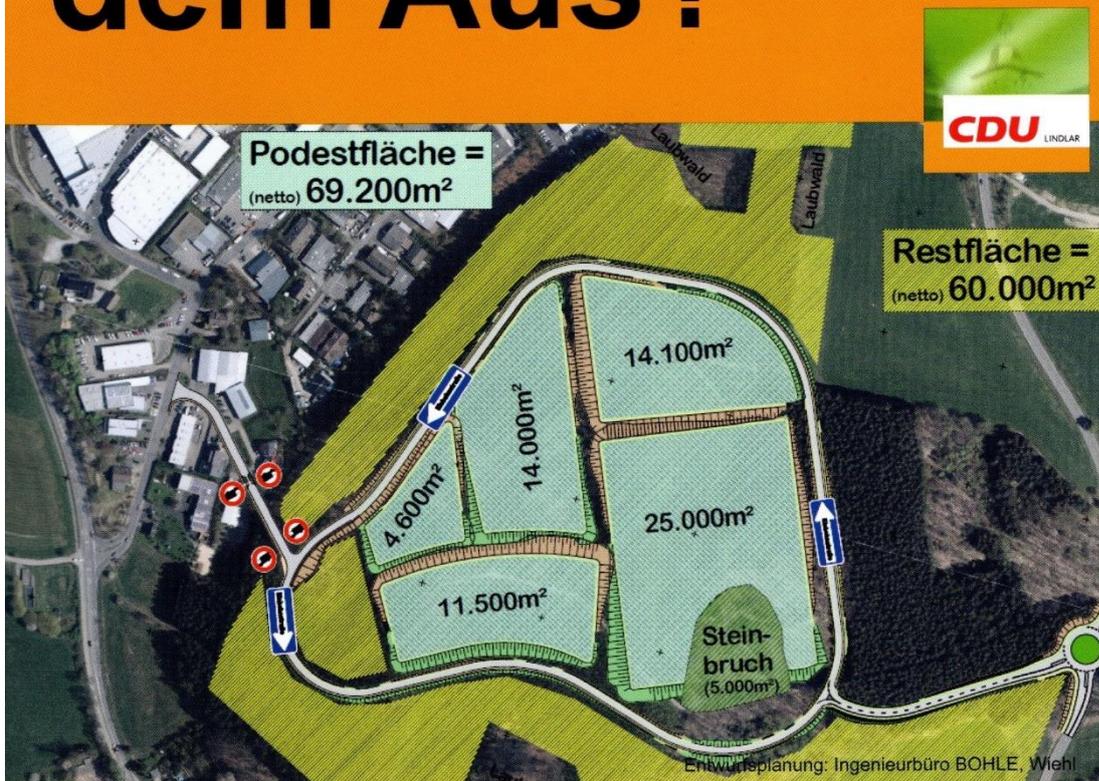
ursprüngliche Ideen der CDU-Fraktion waren, stimmte die politischen Mitbewerber nicht auf einen offenen Diskurs vor dem öffentlichen Publikum um. Genau genommen endete die konstruktive Grundstimmung an dem Punkt, an welchem die CDU beantragte, alle bisherigen und zu erwartenden Kosten zu ermitteln, diese zu veröffentlichen und erst dann mit validen Fakten auf die Bürger zuzugehen.

Die CDU stellt deshalb einen Antrag im Haupt- und Finanzausschuss, wonach die Verwaltung darlegen möge, welche Risiken sich für die BGW ergeben, wenn eine Vermarktung der Gewerbeflächen stockt oder an der Marktsituation vorbeigeht. Welche Folgen hätte eine Überschuldung der BGW und wer haftet dann dafür?

Flyeraktion zum IPK

Frontseite des Themenflyers aus dem Sommer 2021

IP Klausure vor dem Aus?



*Lindlar braucht ein nachhaltiges
Gewerbegebiet ohne Hindernisse!*

Unsere Positionen
zur 5. Erweiterung des IP Klausure

Textseite des Themenflyers zum IPK

Lindlar - leben und arbeiten vor Ort!

Grundsätzlich stehen wir einem nachhaltigen Gewerbegebiet offen und positiv gegenüber. **Was nicht passieren darf: Die Quadratmeterpreise dürfen nicht in die Höhe getrieben werden! Die Vergabe der Grundstücke darf nicht zu einer bürokratischen Hürde werden!**

Insgesamt setzen wir auf weniger Zwänge und Vorschriften. Nach einer IHK-Umfrage liegt das Thema „Nachhaltigkeit“ den meisten Unternehmen selbst am Herzen. Zusätzlich werden Klimaschutzmaßnahmen von Bund und Land gefördert.

Das gesamte Gewerbegebiet sollte so vermarktet werden, dass die Unternehmen sich mit diesem nachhaltigen Gebiet identifizieren und dies für ihr eigenes Marketing nutzen könnten. Eine Art Nachhaltigkeitslabel könnte entwickelt werden.

Das wollen wir:

- Entwicklungspotenzial für Lindlarer Unternehmen zum fairen Quadratmeterpreis.
- Arbeitsplätze für alle Qualifikationen durch Branchenmix.
- Wir wollen maximale Bürgerbeteiligung, aber auf Faktenbasis!
- Vergabekriterien sollen klar und auch für kleine Unternehmen erfüllbar sein!
- Nachhaltige Bauweisen, ökologische Verträglichkeit und erneuerbare Energien sollen Selbstverständlichkeit sein wie Dachbegrünung und Bienennährgehölze.
- Artenschutz durch insektenfreundliche Bepflanzung und Rekonstruktion der ehemaligen Steinbruchlandschaft am Gebietsrand.
- Hochstämmige Bäume als Saum.
- Angemessener ökologischer Ausgleich.
- Bezahlbares Parkhaus oder Tiefgarage an geeigneter Stelle.
- LKW-Stellplätze mit Sanitäreinrichtung, möglichst mit Fördermittel (dann in Autobahnnähe).
- Engelskirchen sollte in die Beratungen als Partnergemeinde einbezogen werden, da wir das Projekt gemeinsam entwickeln müssen.

Das wollen wir nicht:

- Keine unbegründete Einschränkung der unternehmerischen Freiheiten.
- Vergabekriterien dürfen nicht unrealistisch sein, wie z.B. die von SPD/Grünen/FDP geforderte Integrationsquote.
- Unnötige Verluste an dringend notwendigen Gewerbeflächen.
- Keinen Eventsteinbruch dort, wenn dieses Projekt woanders besser angesiedelt wäre.
- Keinen Streit mit unserer Partnergemeinde Engelskirchen.
- Keine zusätzlichen Ausgleichsflächen auf Kosten der gebeutelten, heimischen Landwirtschaft.
- Verringerte Zahl an Arbeitsplätzen durch nur ideologisch eingeschränkte Unternehmensauswahl.

Opposition für Vernunft und wirtschaftliches Wachstum! Ihre CDU.

Kompromiss für einen lebendigen Ortskern!

CDU reicht einen Kompromissvorschlag zur anlassbezogenen und zeitweisen Schließung des Lindlarer Ortskerns als Antrag ein. (Pressemitteilung vom 29. September 2021)

Sowohl in der vom AK „Wirtschaft vor Ort“ der CDU organisierten Zusammenkunft mit vielen der im Ortskern ansässigen Gastronomen und Einzelhändlern als auch in der Sitzung des Ausschusses für Sicherheit und Ordnung am 22.06.2021 haben diese nachvollziehbar dargelegt, welches hohe, existenzielles Risiko ein Wegfall dieser motorisierten Kundengruppe darstellen würde, folgte man dem damaligen SPD-Antrag.

Andererseits wünschen sich viele Bürgerinnen und Bürger zumindest eine zeitweise für den motorisierten Verkehr gesperrte „Fußgängerzone“. Auch aus Reihen des Einzelhandels und der Gastronomie gab es die Bereitschaft für eine zeitweise Sperrung des Ortskerns für Kraftfahrzeuge im

Zusammenhang mit organisierten kulturellen, kommerziellen oder künstlerischen Veranstaltungen oder mit Aktivitäten hiesiger Vereine. Vorstellbar wären z.B. Sperrungen an maximal zwölf Wochenenden im Jahr ab dem Samstagnachmittag bis Sonntagabend. Hierzu sollte zusammen mit Akteuren wie der AGL oder anderen Interessenten unter Moderation der Verwaltung ein Veranstaltungskalender erarbeitet werden. Genehmigungsverfahren könnten gebündelt und somit Ressourcen auf allen Seiten geschont werden.

Ein solcher Kompromiss bietet somit Chancen für die lokale Wirtschaft ebenso wie für ein lebendiges, gesellschaftliches und kulturelles Miteinander im Ortskern.

SPD/GRÜNE/FDP „verbauen“ Zukunft von Familien

Traum vom Eigenheim für etliche Lindlarer Familien für viele Jahre geplatzt! Beschluss zum Baugebiet Jugendherberge in Ratssitzung vom 06.10.2021. Was wird nun aus der bestehenden Vergabeliste? (Pressemitteilung vom 7. Oktober 2021)

Im Wahlkampf 2020 versprachen SPD/GRÜNE/FDP, alles besser zu machen: Das Neubaugebiet an der Jugendherberge sollte kleiner, maßvoller und behutsamer entwickelt werden. Und nun? Es droht eine gigantische Ansiedlung von Menschen, stark verdichtet auf diesem Areal. Eine Trabantenstadt wird dies dann sein. Mit einem „modernem Quartier“ hat diese Planung nichts zu tun. Vom versprochenen Erhalt dörflicher Strukturen ist nichts mehr übrig. Viel schlimmer: Lindlars Kirchdörfern droht das Ausbluten, durch zu erwartende Abwanderung in das Hauptdorf. Dies wäre der Todesstoß für die Entwicklung der Kirchdörfer.

Die CDU hat deshalb einen Kompromiss vorgeschlagen: Der bestehende Satzungsbeschluss wird öffentlich bekannt gemacht und dadurch rechtskräftig. Sofort wird in die Bürgerbeteiligung eingestiegen und die alte Planung unter Einbeziehung der Anregungen der Bürgerinnen und Bürger angepasst. Dies ist im Rahmen von B-Planänderungsverfahren möglich. Da SPD/Grüne/FDP die Mehrheit im Rat haben, hätte dies keine Auswirkungen auf deren gigantischen Pläne, denn diese gehen ja weit über die seinerzeit 70 geplanten Einfamilienhäuser hinaus. Kurz gesagt: Die alte Planung der CDU ist ja zu weiten Teilen Basis der neuen und überzogenen Planung von SPD/GRÜNEN/FDP. Vorteil des CDU-Kompromisses: Zumindest mit ein paar Häusern hätte man beginnen und auch einen Kindergarten bauen können. Dieser ist dringend nötig und sollte allerdings eher in Richtung Südwesten platziert werden, denn nicht nur die neuen Familien brauchen Kitaplätze, sondern beispielsweise auch die Familie aus der Helling. Diese hat man in der neuen Planung offenbar vergessen.

Dieser Kompromiss hätte also niemandem geschadet, sondern zumindest den ersten Familien von über 400 auf der Interessentenliste die Möglichkeit auf ein Eigenheim eingeräumt. Daher die berechnete Frage: Warum tun diese „Ampel“-Fraktionen so etwas? Die Vermutung ist naheliegend, dass damit auch die bestehende, von ihnen kritisierte, Interessentenliste keinen Bestand mehr haben soll. Niemand kann sich freuen, oben auf der Liste gestanden zu haben. Denn für neue Baugebiete sollen neue Vergabekriterien nach einem festgelegten Punkteplan gelten. Diese haben auch schon den Bau- und Planungsausschuss passiert. Nach der Vorgehensweise von SPD/GRÜNEN/FDP wird dort nun ein neues Wohngebiet geschaffen. Also müssten dann auch die neuen Vergabekriterien gelten. Verlierer sind dann all diejenigen, die im Wissen darum, weit oben auf dieser Liste gestanden zu haben, bereits voller Hoffnung waren. als Lindlarer Familie in Lindlar Wurzeln schlagen zu können.

Bedanken können sich die betroffenen Familien bei der neuen Ratsmehrheit von SPD/GRÜNEN/FDP im Lindlarer Gemeinderat, die diese Planung rein ideologisch betreibt und den tatsächlichen Bedarf vollkommen ignoriert. Fakten: Ca. 25 Anträge auf einen Wohnberechtigungsschein stehen weit über 400 Anfragen nach Baugrund stark überwiegend durch Lindlarer Familien gegenüber. Nicht nur das Vertrauen in die Politik nimmt Schaden, wenn Wahlversprechen plötzlich keine Rolle mehr spielen. Auch der Zusammenhalt der Kirchdörfer-Gemeinde-Lindlar wird den ideologiegetriebenen Siedlungs-ideen aus den Siebzigerjahren geopfert. Damals schuf man solche Trabantenstädte wie Köln-Chorweiler, heute herrschen dort große soziale

Probleme und Unfrieden. Braucht Lindlar so etwas?

Ökologische Aufwertung der Friedhöfe

CDU-Antrag findet große Zustimmung. Errichtung und Ausbau von Urnengärten auf den Lindlarer Friedhöfen wurden ebenso beschlossen. Gestaltungsvorschläge bieten Offenheit gegenüber neuen Bestattungsformen. (Pressemitteilung vom 11. Oktober 2021)

Die CDU beschäftigt sich seit geraumer Zeit intensiv mit der Gestaltung der Lindlarer Friedhöfe und hat hierzu einen Arbeitskreis „Friedhofswesen“ eingerichtet. Dieser von Willi Schmitz und Thomas Willmer geleitete AK fand großen Zuspruch in der Lindlarer Bevölkerung, sodass auch zahlreiche Vertreter der Öffentlichkeit inzwischen hier mitarbeiten und ihre Ideen einbringen. Diese Ideen fanden sich sodann in Anfragen und Anträgen der CDU-Fraktion wieder, ein gutes Beispiel für echte Bürgerbeteiligung. Denn dieses Thema zeigt, wie sehr sich die Menschen mit diesem recht sensiblen Thema befassen möchten.



(Visite der CDU-Fraktion auf dem Lindlarer Friedhof am 2. Oktober 2021)

Im Ausschuss für Sicherheit und Ordnung wurden die Pläne für die Errichtung von Urnengärten auf den Friedhöfen in Linde (136 Urnen) und Kapellensüng (136 Urnen) sowie die Erweiterung des Urnengartens in Lindlar um einen 6. Abschnitt (110 Urnen) beschlossen. Zugleich sollen diese Urnengärten einheitlicher gestaltet und entsprechend bepflanzt werden. Die Maßnahmen stehen angesichts der Haushaltssituation

unter Finanzierungsvorbehalt. In diesem Zusammenhang ist es aber erfreulich, dass für die ökologische Aufwertung der Friedhöfe, also für das Pflanzen von Bäumen, Anlegen von Blumenwiesen, Einbringen von Pflanzen, die saugenden Insekten zur Nahrung dienen usw., das Budget für den Umwelt und Klimaschutz bemüht werden wird. Zudem sollen hierfür Fördermittel aus dem „LEADER“-Programm beantragt werden. Dadurch werden die Kosten nicht unmittelbar dem Friedhofswesen zugeordnet, sodass diese Maßnahmen auch keine Erhöhung der Friedhofgebühren mit sich bringen werden.

„Friedhöfe sind Orte des Abschiednehmens, aber auch des ‚Abschied Lebens‘, und deshalb sind wir als CDU sehr dankbar für das Engagement der Gemeindeverwaltung, für die Unterstützung der anderen Fraktionen aber vor allem für das engagierte Einbringen von Bürgerinnen und Bürgern in unserem AK“, fasst der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende, Sven Engelman, zusammen.

Am Samstag, den 02. Oktober, kam die gesamte CDU-Fraktion auf dem Lindlarer Friedhof zusammen, um sich noch einmal umfassend ein Bild von dem gestalterischen Veränderungspotenzial zu machen und noch weitere Ideen zur Friedhofsgestaltung zu entwickeln. Beispielsweise wären auch Urnenbestattungen im Umfeld von Bäumen denkbar. Die CDU wird sich weiterhin intensiv mit den Friedhöfen befassen. Wer sich gerne im AK „Friedhofswesen“ beteiligen möchte, kann sich an Willi Schmitz wenden (willi.schmitz@cdu-lindlar.de)

Genossenschaftliches Carsharing für Lindlar?

CDU sieht in gemeinschaftlicher Mobilität Chancen für Umwelt und Miteinander. Der Ausschuss für Klima- und Umweltschutz soll sich mit diesem Thema befassen. (Pressemitteilung vom 20. Oktober 2021)

Carsharing ist in den Städten bereits gelebte Praxis, dürfte im ländlichen Raum aber auf viel Skepsis im Hinblick auf den Verzicht auf ein eigenes Automobil stoßen. Eine Möglichkeit, für deutlich mehr Akzeptanz zu sorgen, könnte in der Gesellschaftsform einer eingetragenen Genossenschaft liegen. Die Nutzer eines solchen Carsharing-Modells wären dann eben nicht nur Kunden, sondern Teilhaber der Betreiber-genossenschaft und hätten ein Mitbestimmungsrecht. Sie würden von der gemeinschaftlichen Nutzung wirtschaftlich profitieren und könnten sich auf diese Gemeinschaft auch verlassen. Genossenschaft bedeutet, hier würden nicht nur Güter, sondern auch Werte wie

Partnerschaftlichkeit miteinander geteilt. In Ergänzung zum bestehenden ÖPNV wäre eine klimaschonende Individualmobilität als Gemeinschaftsprojekt unter Einbindung der Kirhdorfer möglich.

„Gerade weil uns an einem Klima- und Umweltschutz im Zeichen des Miteinanders sehr gelegen ist, gefällt uns diese Idee in ökologischer wie sozialer Hinsicht sehr. Ältere können sich vom „Ballast“ eines eigenen Fahrzeuges trennen und Jüngere, die vielleicht kein Geld für ein teures, eigenes Auto haben, können somit trotzdem mobil sein. Leben auf dem Kirhdorf bleibt für alle Generationen attraktiv.“, sagt CDU-Rats-herr für Linde, Markus Biesenbach.

CDU: Keine Hallennutzungsgebühr für Sportvereine!

Antrag der CDU-Fraktion auf vollständigen Erlass der Sportstättennutzungsgebühr für 2021 scheiterte u.a. an geschlossener Ablehnung der SPD-Fraktion und weiteren Stimmen aus dem Ampel-Bündnis. (Pressemitteilung vom 25. Oktober 2021)

Auf Vorschlag der Verwaltung sollte den Sportvereinen für 2021 50 % der Gebühren – ausgehend von 5,00 € pro Mitglied – für die Nutzung der gemeindlichen Sportstätten erlassen werden. Dies ging der CDU-Fraktion angesichts der gravierenden Schwierigkeiten der Vereine aufgrund der Coronapandemie nicht weit genug. Schließlich ist gemeinhin bekannt, dass die Vereine immer noch unter den Folgen der pandemiebedingten Einschränkungen leiden. Die CDU beantragte deshalb den vollständigen Erlass der der Gebühren von dann noch gerade einmal insgesamt 12.500 € und schlug vor, diese als

coronabedingte Ausgaben zu deklarieren und damit über noch ca. 50 Jahre abschreiben zu können. Für eine Gemeinde ein sehr überschaubarer, für die betroffenen Vereine ein sehr wesentlicher Betrag.

Während die CDU-Fraktion zu 100 % hinter den Sportvereinen stand, stimmte die SPD-Fraktion zu 100 % – trotz vorheriger Betonung des „Verzichts auf den Fraktionszwang“ dagegen. Anders sah es dagegen bei den Grünen aus: Dort stimmten zumindest einige Ratsmitglieder für den CDU-Antrag.

„Von Lindlar begeistert“

CDU-Landtagskandidat zum Kennenlernen: Christian Berger freut sich über den Dialog mit den Menschen in Lindlar. (Pressemitteilung vom 2. November 2021)

Am 30. August 2021 wählte die CDU den Wipperfürther Christian Berger im Lindlarer Kulturzentrum zu ihrem Landtagskandidaten für den Wahlkreis Oberberg-Nord. Bereits kurz nach seiner Wahl war Christian Berger in Lindlar zugegen und nahm mit großem Interesse gemeinsam mit dem CDU-Bundestagsabgeordneten Dr. Carsten Brodessa an dem von der CDU-Lindlar veranstalteten Sommerevent „Kulturbummel durch Lindlar mit Schlusseinkehr“ am 18. September teil. Seinerzeit hatte die CDU alle interessierten Lindlarer zu einem von Winfried Panske geführten Rundgang durch Lindlars Ortskern eingeladen. Im Mittelpunkt standen Geschichten rund um Lindlars Geschichte vermittelt anhand der zahlreichen Bau- und Kulturdenkmale.



Viele Menschen nahmen hieran teil und teilten die Begeisterung für die von Winfried Panske lebhaft erzählten Geschichten zur Gemeindegeschichte. Im Anschluss nutzten sie auch die Gelegenheit, Christian Berger als ihren Kandidaten für den Düsseldorfer Landtag besser kennenzulernen.

„Ich bin total begeistert von der Kultur, der Geschichte und den freundlichen

Menschen meiner Nachbargemeinde. Es war ein toller, gemeinsamer Abend, und ich werde bald wiederkommen,“ kündigte Christian Berger im Spätsommer an.



CDU-Landtagskandidat Christian Berger und der Vorsitzende der CDU-Lindlar Sven Engelmann sind gerne für Euch da!

CDU

Gelegenheit zu vertiefenden Gesprächen und zu einem intensiven Kennenlernen wird es – wie versprochen – in Kürze geben: Am 19. November 2021 stehen CDU-Landtagskandidat Christian Berger gemeinsam mit dem Lindlarer CDU-Vorsitzenden, Sven Engelmann, im Rahmen der Bürgersprechstunde von 16:00 Uhr bis 18:00 Uhr allen neugierigen Menschen im Bürgerbüro, Kamper Str. 2a, zur Verfügung. Gerne dürfen auch Sorgen und Anregungen mitgebracht werden, derer sich die beiden dann gemeinsam annehmen werden.

In geselliger Runde wird es dann am 3. Dezember 2021 um 18:30 Uhr beim „CDU-Stammtisch für jedermann“ bei „Bachs&Binas“, Kirchplatz 7, die nächste Gelegenheit zum Kennenlernen und für Gespräche mit Christian Berger geben. Auch hier sind alle interessierten Bürgerinnen und Bürger herzlich willkommen.

CDU ehrt Jubilare und dankt ehemaligen Ratsmitgliedern

CDU-Gemeindeverband blickt auf viele Aktivitäten im Jahr 2021 zurück und freut sich Mitgliederzuwachs. (Pressemitteilung vom 18. November 2021)

Nachdem im vergangenen Jahr pandemiebedingt die traditionelle Mitgliederversammlung zum Jahresausklang nicht stattfinden können, folgten am 17. November 2021 zahlreiche Mitglieder der Einladung in das „Landgasthaus im Wiesengrund“. Im Mittelpunkt der Tagesordnung standen der gemeinsame Jahresrückblick, die Ehrung der langjährigen Mitglieder der CDU-Lindlar und die Verabschiedung der ehemaligen Ratsmitglieder und Sachkundigen Bürger/-innen der CDU-Fraktion.

Durch den Abend leitete der CDU-Vorsitzende Sven Engelmann, der sichtbar erleichtert war, dass diese Versammlung im Rahmen der gebotenen Vorsicht und bei strenger Kontrolle der 3-G-Regel durchgeführt werden konnte. Den Mitgliedern brachte er die vielen Aktivitäten der CDU-Lindlar vor Augen: Osterkarten- und Wildblumenaktion, Präsenzaktion „Nachfragbar“ in Lindlar und in den Kirchdörfern, volle zwei Tage Teilnahme an der Aktion „Heimat shoppen“, Wahlkampfaktionen in Lindlar und Umgebung mit großem Abschluss bei Bier und Bratwurst auf dem Kirchplatz, „Kulturbummel“ durch Lindlar, Präsenz beim monatlichen CDU-Stammtisch, Bürgersprechstunden, Aktivitäten der bürgeroffenen Arbeitskreise „Friedhofswesen“, „Wirtschaft vor Ort“, „Kultur“ sowie „Jugend und Schule“, die Aktivitäten der Jungen Union, der Frauen Union und der Senioren in der Union usw. Kurz: Die CDU war trotz der Coronapandemie für alle Bürgerinnen und Bürger stets ansprechbar und hat sich nicht weggeduckt. Darüber hinaus konnten die CDU-Mitglieder sich stets auch ohne ein Mandat in die Fraktionsarbeit einbringen.

Engelmann dankte den Mitgliedern, die diese starke Präsenz und die Pflege des Zusammenhalts über Generationen hinweg in der CDU durch viel Engagement ermöglicht haben. „Das Schönste für mich an

unserer lebendigen CDU ist, zu sehen, wie sich der Wandel zu einer jüngeren Partei gemeinsam mit den Erfahrenen vollzieht. Allein die zahlreichen Neumitglieder der vergangenen zwei Jahre sprechen eine deutliche Sprache.“, sagt Sven Engelmann stolz.

Für 25 Jahre Mitgliedschaft wurden geehrt: Bürgermeister Dr. Georg Ludwig, Norbert Lanzendörfer, Siegfried Eich, Torsten Althaus, Gerd Werner und Dr. Michael Nauendorf. 40 Jahre Mitglied in der CDU sind: Christoph Sax, Ursula Pfeuffer, Armin Brückmann und Doris Schneider-Bodin. Geehrt wurden Oskar Heitz, Werner Müller, Elisabeth Broich, Magdalene Schöneberger und Franz-Josef Thomas für 50 Jahre Mitgliedschaft. Das Gründungsmitglied Ludwig Stiefelhagen wurde für seine 75-jährige Mitgliedschaft besonders gewürdigt. Alle Jubilare erhielten eine Ehrennadel samt Urkunde.



(Jubilare der CDU-Lindlar am 17.11.2021)

Der CDU-Fraktionsvorsitzende Hans Schmitz verabschiedete im Anschluss Achim Fischer, Guidor Heller, Brigitte Hochscherf, Sebastian Höller, Petra Hottopp, Barbara Kitzerau, Harald Orbach, Manuela Schmitz, Wolfgang Stadler und Thomas Willmer als ehemalige Ratsmitglieder. Dank und Anerkennung wurde aber auch den Sachkundigen Bürger/-innen Willi Diederichs, Tim Duesmann, Edgar

Frangenberg, Manfred Kümper, Manfred Löhr, Carsten Rosenthal und Bastian Saueremann von den Anwesenden entgegengebracht.

Für seine 40-jährige Mitgliedschaft im Lindlarer Gemeinderat erhielt Hans Schmitz neben lobenden Worten und einem persönlichen Geschenk den tosenden Applaus der versammelten Mitglieder.



(Hans Schmitz bei seiner Ehrung durch Bürgermeister Dr. Georg Ludwig am 24. März 2021)

Vorschläge und Anfragen der CDU-Fraktion zum Haushalt

Keine weiteren Belastungen für die Bürger und mehr Generationengerechtigkeit. Schulden müssen planvoll abgebaut werden. (Pressemitteilung vom 28. November 2021)

Grundsätzlich ist die CDU-Lindlar mit dem von Bürgermeister Dr. Georg Ludwig eingebrachten Haushalt für das Jahr 2022 einverstanden. Die wichtigste Botschaft ist: Es wird keine Steuererhöhungen geben. Leider wird es notwendig sein, die durch die Coronapandemie bedingten, separierten Schulden von ca. 2,9 Millionen € im folgenden halben Jahrhundert abzuschreiben. Diese Hypothek wird uns leider zusätzlich langfristig belasten. Erfreulich ist deshalb, dass die Planungen eine fortlaufende Tilgung der investiven Schulden um rund vier Millionen € bis 2025 vorsehen. Dies ist ein Dienst an der Generationengerechtigkeit und wird ausdrücklich begrüßt.

Dennoch hat die CDU-Fraktion einige ergänzende Vorschläge und Wünsche, die sich in den Haushaltplanungen wiederfinden sollten:

Kinder- und Jugendarbeit

Die CDU möchte 10.000 € für die Arbeit eines in Gründung befindlichen Jugendparlaments bereitstellen. Die Jugend ist unsere Zukunft. Ihr gilt unsere Aufmerksamkeit. In einem Jugendparlament haben die Jugendliche einen gebührenden Raum für ihre Vorstellungen; demokratisches Miteinander und Gestalten können ein- und auch ausgeübt werden. Ebenso erwartet die CDU, dass die Errichtung inklusiver Kinderspielplätze z.B. im Park Plietz weiterverfolgt wird. Die Teilhabe der Kinder mit Einschränkung und das Verschwinden unnötiger Barrieren sind uns eine christlich-gesellschaftliche Verpflichtung. Dieser muss auch der kommende Haushalt gerecht werden.

Umwelt- und Klimaschutz

Die CDU möchte, dass die ökologische Aufwertung der Friedhöfe, welche die CDU beantragt hat, aus dem Klimaschutzbudget

bestritten wird, um die Bürger nicht durch Erhöhung der Friedhofsgebühren zu belasten.

Ebenso möchte die CDU neue Mobilitätskonzepte ermöglichen. Beispielsweise sollten notwendige Mittel für ein genossenschaftliches Carsharing-Konzept, wobei die Gemeinde durch Infrastrukturmaßnahmen unterstützen könnte, ebenso aus dem Klimaschutzbudget finanziert werden.

Im Haushalt 2022 sollen Mittel für die Ausweisung von Radverbindungen (Beschilderung) bereitgestellt werden. Vorerst sollen einfach umsetzbare Maßnahmen zur Erhöhung der Wege im Fokus stehen. Ziel der CDU bleibt es, mit geringem Aufwand schnellstmöglich praxistaugliche Radverbindungen auszuweisen, um die Kirchdörfer mit Lindlar zu verbinden oder beispielsweise alte Bahntrassen für eine Radverbindung nach Wipperfürth zu nutzen. Im Rahmen weiterer Planungen sollen die nächsten Schritte durch die Verwaltung erarbeitet und vorgestellt werden. Auch diese notwendigen Finanzmittel sollen aus dem Klimaschutzbudget finanziert werden.

Straßen und Infrastrukturen

Aus der Bevölkerung werden wegen der Straßenpflege verschiedene Aspekte vorgetragen. In den Ortslagen wird die Verunkrautung von Regenrinnen oder Bürgersteigen bemängelt. Das Mähen der Wege- ränder müsse nur an Stellen mit besonderer Verkehrssicherungspflicht erfolgen, nicht außerhalb der Vegetationsphase usw. Teilweise widersprechen sich dabei die Wünsche der Bürger. Die CDU möchte hier mehr Transparenz und bittet die Verwaltung in einer der nächsten Fachausschusssitzungen um einen Bericht zur Straßenpflege vom TeBEL. Die CDU möchte nach Kräften der Beteiligten die Wünsche aus der Bürgerschaft sinnvoll zusammenführen

und nach Möglichkeit diesen Wünschen entsprechen.

Zu Erhöhung der Verkehrssicherheit in Altenlinde hat die CDU-Fraktion verkehrsberuhigende Maßnahmen am Ortseingang von Altenlinde von Heibach kommend beantragt. Dem Antrag wurde von allen Fraktionen aber auch seitens der beteiligten Behörden zugestimmt. Wir wünschen eine baldige Umsetzung der Maßnahmen, deren Kosten im Haushalt Berücksichtigung finden sollten.

Besonders bei den Anwohnern der L302 in Frielingsdorf im Bereich vom Ortseingang von Habbach aus bis zum Kreisel wird der Autoverkehr als zu schnell und gefährlich angesehen. Die CDU bittet um Geschwindigkeitsmessungen, um objektive Werte zu erhalten. Die Verwaltung sollte die Politik über das Ergebnis im Fachausschuss zu informieren und ggf. geeignete Maßnahmen vorschlagen und deren Kosten im Haushalt 2022 vorsorglich berücksichtigen.

Feuerwehr

Die Feuerwehr und besonders das Engagement der freiwilligen Feuerwehrleute haben für die CDU einen besonders hohen Stellenwert. Gleichzeitig sind die erforderlichen Investitionen eine große Herausforderung für den Gemeindehaushalt. Es stellt sich deshalb die Frage, welche großen Maßnahmen bereits erkennbar sind. Da höchstwahrscheinlich auch zukünftig neue Feuerwehrgerätehäuser nötig sind, muss frühzeitig die Suche nach besten Standorten beginnen. Auch hinsichtlich möglicher

Kostenoptimierungen bittet die CDU um Auskunft der Verwaltung. Wird Lindlar weitere spezialisierte Fahrzeuge z.B. eine Drehleiter brauchen? Sind überörtliche Kooperationen eventuell eine gute Lösung auch im haushalterischen Sinne?

Finanzielle Unabhängigkeit der Gemeinde Lindlar

Grundsätzlich erfreulich ist, dass die Gemeinde Lindlar eine für die politische Eigenverantwortung sprechende hohe Steuerertragskraft hat, in welcher sich die solide Wirtschaftspolitik der letzten Jahrzehnte durch die CDU-Mehrheitsfraktion widerspiegelt. Nachteilig wirkt sich aus, dass die Gewährung der Schlüsselzuweisung hierdurch wankt. Grundsätzlich benötigt die Gemeinde aber auch zukünftig die Anteile an den Steuern ihrer Einwohner für die Finanzierung der Daseinsfürsorge. Der nun mehr als ein Jahr andauernde, durch SPD/Grüne/FDP bewirkte, politische Stillstand kommt die Gemeinde teuer zu stehen. Durch die Verhinderung von Neubaugebieten findet eben auch keine Ansiedlung von Steuerzahlern statt.

Bedenklich hoch ist auch die hohe Transferaufwandsquote von über 54 %, die in Lindlar somit deutlich über dem Durchschnitt von rund 46 % liegt. Hierin drückt sich auch die von der Gemeinde zu entrichtende Kreisumlage aus. Die CDU möchte daher die Gemeindeverwaltung bitten, Wege zu größerer, aber risikoärmeren finanziellen Unabhängigkeit aufzuzeigen. Die Kreisumlage hat eine erdrückende Dimension angenommen.

Ein Ohr für ALLE Vereine!

Kommunale Ausschüsse müssen neutral sein und für die Anliegen aller Vereine offenbleiben. CDU machte sich für Gleichbehandlung aller Vereine stark. (Pressemitteilung vom 1. Dezember 2021)

Im Sozialausschuss wurde darüber diskutiert, ob bestimmten Vereinen ein Gaststatus, d.h. ein fester Sitz mit beratender Stimme, verliehen werden sollte. SPD und FDP hatten sehr wenige Vereinigungen vorgeschlagen, die sich zwar sehr für soziale Belange einsetzen. Es waren aber eben nur wenige.

Die CDU-Fraktion machte sich intensiv Gedanken dazu, welche Interessengemeinschaften einen solchen Gaststatus erhalten sollten. Verschiedene Vereine wurden hierzu befragt. Ergebnis: Viele Vereine leisten hervorragende Jugendarbeit oder engagieren sich bei der Integration von Flüchtlingen. Wie sollte man da einzelnen Vereinen einen Sonderstatus geben und anderen nicht?!

Es bestand die Gefahr, wesentliche Akteure zu übersehen.

Kommunale Ausschüsse müssen neutral bleiben! Einzelne Vereinigungen sollten keinen Vorteil gegenüber anderen erlangen. Ein solches Vorgehen könnte ansonsten geeignet sein, das wohltätige Engagement von Menschen unterschiedlich zu bewerten. Das würde eine Gefahr für das Ehrenamt darstellen. Anlassbezogen sollte jede Vereinigung, im Bedarfsfall in den zuständigen Ausschüssen angehört werden können.

Diese Argumente haben die übrigen Fraktionen offenbar überzeugt: Dem Beschlussvorschlag der CDU wurde von allen Fraktionen zugestimmt.

Über info@cdu-lindlar.de ist die CDU für alle Vereine jederzeit erreichbar.

Maßnahmenbündel für mehr Verkehrssicherheit

Gemeinsames Engagement für die Sicherheit schwächerer Verkehrsteilnehmer an der Rheinstraße. CDU schlägt weiteres Maßnahmenbündel vor und lobt Zusammenarbeit mit SPD und Anwohnern. (Pressemitteilung vom 3. Dezember 2021)

Am 27. Oktober 2021 trafen sich zahlreiche Anwohner aus dem Bereich Falkenhof und Lindlar-West auf die gemeinsame Einladung von CDU und SPD hin im Bürgerhaus Falkenhof. Thema war u.a. die Erhöhung der Verkehrssicherheit entlang der Rheinstraße. Die Gespräche brachten zahlreiche gewinnbringende Ansätze und neue Impulse für Verbesserungen hervor. Diese hat die CDU-Fraktion aufgegriffen und im Ausschuss für Sicherheit und Ordnung beantragt, dass zunächst verdeckt die tatsächlich gefahrenen Geschwindigkeiten erhoben werden sollen. Somit hat man ggf. eine argumentative Basis gegenüber dem Kreis, beispielsweise die Geschwindigkeit dauerhaft auf 30 km/h abzusenken. Beantragt wurde aber auch die feste Aufstellung von Messgeräten (Smileys) in beide Richtungen, die Autofahrer präventiv auf zu hohe Geschwindigkeiten hinweisen bzw. durch ein Lächeln loben, wenn Sie die Vorschriften einhalten.



(Blick auf die Rheinstraße)

Die CDU wünscht sich in jedem Falle eine Fortsetzung des Bürgerdialogs und kann sich auch konkrete Projekte mit der Grundschule zur Verkehrserziehung vorstellen. CDU-Ratsherr Ingo Sauerbier hat sich als pensionierter Polizeibeamter im Ausschuss bereit erklärt, Eltern zu Schülerlotsen auszubilden. Interessierte können sich gerne unter info@cdu-lindlar.de bei der CDU-Fraktion melden.